

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Geschäftsleitung: Dresden-L., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Expeditionsstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Sonnabend, den 2. Juli 1927 Nummer 152

Reichsrat und Zollwucher

Der Arensdorfer Arbeitermord vor dem Preussischen Landtage — Nationalistische Provokationen — Die Deutschnationalen aus dem Sitzungssaal hinausgeworfen

Erhöhung der Fleischzölle!

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Vorlagen der Reichsregierung. Der Reichsminister, Ministerialdirektor Dr. Sommer, erklärte zu dem Inhalt der Vorlagen: Der Zoll für Weizen, Roggen, Spelz, Hafer und Mais sollen bestehen bleiben wie bisher. Der Zoll für frisches Schweinefleisch dagegen auf 32 Mark erhöht werden. Der Zoll für Kartoffeln von 50 Pfennig auf 1 Mark und der Zuckersoll auf 15 Mark.

Der Vorlage der Regierung wurde im wesentlichen zugestimmt, jedoch die Erhöhung des Kartoffel- und Zuckersolles abgelehnt. Die Ablehnung der Erhöhung des Kartoffelsolles wurde mit 37 zu 31 Stimmen, die Erhöhung des Zuckersolles mit 41 zu 23 Stimmen abgelehnt.

Die Ablehnung der Erhöhungsforderungen im Reichsrat erfolgte auf Betreiben der preussischen Regierung. Diese Ablehnung ist eine unzulässige und ist vorläufig nur als ein Mandat der preussischen Zentrum- und sozialdemokratischen Minister zu bewerten, die damit einen Kampf gegen die Reichsregierung vortäuschen und ihre preussischen Mitglieder beruhigen wollen. Die Reichsregierung wird nun gezwungen sein, dem Reichstag eventuell zwei Vorlagen zu unterbreiten. Die eigene und die des Reichsrats. Soll der Beschluß des Reichsrats umgekehrt werden, müßte im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für die Regierungsvorlage aufgebracht werden. Das ist nicht zu erwarten, da die Regierungsparteien nicht über diese Mehrheit verfügen. Die Reichsregierung wird sich also bemühen, vor Dienstag eine neue Beschlußfassung im Reichsrat durchzusetzen, um dort die Annahme der Zollwucherpläne zu erreichen. Dabei rechnet man damit, daß neben den Vertretern der beiden Lippen, auch die Vertreter der sächsischen Regierung jetzt anders stimmen, das heißt, für die Zollserhöhung stimmen werden, da jetzt in Sachsen die Deutschnationalen in der Regierung sitzen. Die Verantwortung für die schnelle Durchführung des Zollwuchers liegt damit zum großen Teil bei der sächsischen Regierung des antisozialdemokratischen Feldt. Da diese aber mit den Deutschnationalen in einer Regierung sitzen, ist anzunehmen, daß die Regierung ihren Vertreter anweisen wird;

daß er für die Zollserhöhung stimmen soll. In der sächsischen Regierung sitzt der Vertreter der Gewerkschaften, Herr Eisner. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen sofort von ihren Vertretern verlangen, daß die sächsische Regierung aufgefordert wird, die Zollvorlage abzulehnen.

Der Kampf der Arbeiter gegen den Zollwucher muß verschärft werden, antwortet mit Lohnforderungen auf die Forderungen durch den neuen Zollwucher.

Ein Kampfruf

gegen Kriegsgesahr und Zollwucher

Sollingen den 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Vollversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre Sollingens beschloß mit Zustimmung der sozialdemokratischen Vertreter folgenden Appell an die Arbeiterklasse ganz Deutschlands zu richten:

„Die Arbeiter in den Betrieben und die Betriebsräte müssen mehr als bloßer in Aktion treten. Die Nachtmitte! der Gewerkschaften müssen eingesetzt werden, um die Pläne der Kapitalisten und des Bürgerblodes zu zerlegen. In allen Industriezweigen, Industriezentren und Bezirken gibt es für die Arbeiterklasse, sich unter Führung der Betriebsräte und Gewerkschaften zusammenzuschließen und folgende Forderungen in den Vordergrund des Kampfes zu stellen: 1. Rücktritt des Kampfs gegen die imperialistischen Kriegstreiber, weil a) ein Angriff auf den Arbeiterstaat Sowjetrußland ein Angriff auf die Arbeiterklasse der ganzen Welt ist, b) die Verteidigung Sowjetrußlands der wirkungsvollste Kampf für den Achtstundentag, für Lohnserhöhungen und für soziale Fortschritte in Deutschland ist. 2. Kampf gegen die neuen Wucherzölle. 3. Kampf gegen die Bürgerblodregierung. Durch machtvolle Demonstrationen der Gewerkschaften gemeinsam mit SPD und KPD, durch Obstruktion der Parteien im Parlament, durch sofortige Einleitung neuer Lohnbewegungen, durch verschärften Kampf um den Achtstundentag unter Anwendung der Taktik der Gewerkschaften, Kampfbündnisse verschiedener Industriezweige, muß dieser Kampf geführt werden.“

Die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland müssen vom internationalen Proletariat mit verschärften Mitteln beantwortet werden. Voraussetzung dafür ist der Bruch mit der Arbeiterspezifischen und Koalitionspolitik und die Anwendung des proletarischen Klassenkampfes.

Die Vollversammlung der Sollinger Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre ruft auf zur einheitlichen Kampffront!

Brügelei im Preussischen Landtag

In seiner letzten Sitzung behandelte der Preussische Landtag den Arbeitermord von Arensdorf. Die Sitzung begann mit einer feierlichen Begrüßung. Auf der Tagesordnung stand eine Interpellation der Sozialdemokraten und einer Anzahl kommunistischer Anträge gegen die Justizminister, sowie über die Aufhebung des Vorurteils des Reichs. Dazu stand noch eine deutsch-nationale Interpellation über angebliche Uebertreter von roten Frontkämpfern auf „friedliebende“ Faschisten zur Ausprache.

Als der Sozialdemokrat Küger, Brandenburg die Interpellation über den feigen Arbeitermord in Arensdorf begründete, wurde er von den Deutschnationalen dauernd unterbrochen. Die wütenden Zwischenrufe wurden selbstverständlich von den Kommunisten und Sozialdemokraten erwidert.

Als der gelbe Wertgemeinschaftsführer Wiedemann fortsetzte: „Unverschämtheit! — Unverschämte Kerls! Moskowiter Bande!“, drang der sozialdemokratische Abgeordnete Meyer auf diesen Faschisten ein.

Der Faschist schlug sofort mit einem Bund Schlüssel gegen Meyer, während die übrigen Deutschnationalen die Streitenden umringten. Es entwickelte sich sofort ein großer Tumult, bei dem auch der Sozialdemokrat Bock aus Magdeburg dazwischenkam und sich den Salzfingerringe Kunkel sah. Jetzt eilten auch die Kommunisten den Sozialdemokraten zu Hilfe und es stiegen die Deutschnationalen, voran die Oberfaschisten Heiden und Könnigke zum Saal hinaus, ihnen folg hinten nach im hohen Logen der Fleischkämpfer des gelben Wertgemeinschaftsführers.

Der Präsident Bartels hatte bereits bei Beginn des Tumults den Sitzungssaal verlassen. Der Vizepräsident trat dann zu einer Sitzung zusammen, die längere Zeit dauerte. Um

ordnung, die man gegen die Kommunisten verschärft hat, hätte man jetzt gegen ihre Gründer in Anwendung bringen müssen. Doch da fand man den Ausweg, daß die Vorwürfe nicht so schlimm seien und man verteilte nur einige Ordnungsrufe. Als dann die Interpellationen begründet wurden, verließen die Deutschnationalen den Saal. Der deutsch-nationale Redner versuchte alle Schuld auf die Kommunisten zu wälzen, der Rede hube von Arensdorf sei unzurechnungsfähig, habe mit der Deutschnationalen Partei oder dem Stahlhelm nichts zu tun. Genosse Kasper geisterte die planmäßig und bewußt vorbereiteten Mordhandlungen und die Haltung der Deutschnationalen. Er verlangte die Freilassung verhafteter roter Frontkämpfer.

Der Justizminister und auch der sozialdemokratische Innenminister antworteten mit nichtslogenden Erklärungen.

Der Preussische Landtag vertagte sich dann auf den 11. Oktober.

Die „Geenbrüftung“

Genf den 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die offiziellen Kommunisten der Flottenabstufungskonferenz stellen zwar einen Fortschritt in den geheimen Verhandlungen der Flottenkonferenz fest. Damit soll aber nur der vollkommene Stillstand markiert werden. Die kritischen Fragen sind von der Tagesordnung abgelenkt worden und es werden nebenstehliche Fragen behandelt. Die englische Tendenzmeldungen von einer englisch-japanischen Annäherung haben sich als vollkommen falsch erwiesen, ebenso unbegründet sind die Gerüchte von einer englisch-amerikanischen Verständigung. Die Probenahme der drei Seesowmanden ist eben einander unverändert

Schülingers Antwort auf Dumoullins Frage an Paul Boncour

In der Diskussion des Nationalrates der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs über das Gesetz zur „nationalen Verteidigung“ von Paul Boncour fragte Dumoullin: Würden Sie es wagen, es gut zu finden, daß Deutschland einen derartigen Entwurf für seine nationale Verteidigung annimmt? Wenn Sie das gut finden würden, dann würden Sie damit alle Bemühungen verurteilen, die Sie für den Frieden unternommen haben.“

M. Hp. Paul Boncour's Gesetz zur „nationalen Verteidigung“ ist ein wesentlicher Bestandteil der Kriegsvorbereitungen des imperialistischen Frankreichs. Nach dem Ergebnis der Genfer Konferenz gewinnt dieses Gesetz, welches das gesamte wertvolle Volk Frankreichs in die Kriegsmaschinerie einspannen soll, allerhöchste Bedeutung für die Bourgeoisie der europäischen Länder. In Genf wurde bekanntlich vor dem Nobel-Preis-Läger Chamberlain und seinen Trabanten der Krieg gegen die Sowjetunion „abgeklärt“. An dessen Stelle proklamieren die Commis des englischen Imperialismus, der „Sozialist“ Vandervelde, König, Minister in Belgien, sowie der ehemalige Syndikus des Sächsischen Bierfachhandels Dr. Stresemann im Auftrag des Völkerbundsdirigenten Chamberlain den „heiligen Krieg“ aller völkischen Vorkämpfer gegen die kommunistische Internationale.

Das Schlachtfeld wurde also vorbereitet. Die imperialistischen Kriegstreiber führen den Kampf gegen die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder als Voraussetzung des Sieges über die Sowjetunion. Boncour, geschickt wie alle berufsmäßigen Tölpel, serviert der stauenden Mittelwelt einen Plan zur Militarisierung der gesamten wertvollen Massen, angeblich nach den „Ideen“ Jean Jaurès. Dumoullin hat bei der Verlesung einige nationalistiche Bauschmerzen. Herr Poincaré jedoch hält während dieser Diskussion eine Rede in Lunévillo, die dem Zweck dient, das französische Kleinbürgertum von einer „wirklich nationalen Gefahr“ zu überzeugen. Den eigentlichen Hintergrund den Kampf zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie um den Anteil an der Ausplünderung der Massen, verschweigt die französische Bourgeoisie. Alles geht wie am Schnürchen — wenn nur die III. antimilitaristische Propaganda nicht wäre.

Die Soldaten meutern. Sie erhalten völlig ungenügende Verpflegung. Offiziere, Zahlmeister usw. betriegen den Soldaten um einen Teil seines karglichen Soldes. Die Schurkelei ist grenzenlos. Die „nationale Begeisterung“ des französischen Soldaten schwindet. Er fragt die Internationale und führt mit Begeisterung den Kampf gegen den menschenunwürdigen Drill. Diese „Blitzvergessen“, die absolut nicht die Notwendigkeit für den Soldaten ihr Leben zu opfern, einzusehen wollen, müssen isoliert werden. Dazu dient der Kampf gegen die Führer der kommunistischen Bewegung einerseits und zum anderen die Sonntags-Nachmittags-Reden des Herrn Poincaré. Gleichzeitig mit der Beneidung des französischen Kleinbürgertums benutzt auch Herr Stresemann die Rede Poincarés, um „Lohn und Gehalt“, wie die Dresdner Neuesten Nachrichten melden, die schon etwas rampunkerte Stirna der deutschen Bürgerblodregierung neu aufzuspülten.

Ebenso wie die französische Bourgeoisie mit ihren Sozialdemokraten eine gute Arbeitsstellung durchführt, versteht es auch die deutsche Bourgeoisie. Seit Jahren fordert sie das Arbeitsdienstpflichtgesetz, die Militarisierung der gesamten arbeitenden Jugend. Die proletarische Jugend Deutschlands, die kommunistischen und auch die sozialdemokratischen Jungproletarier führen einen edelstimmigen Kampf gegen diese Militarisierungsbestrebungen. Aber auch Deutschland hat seinen Boncour in der Person des Volksobersten a. D. Schülinger, linker Sozialdemokrat. So wie Paul Boncour in seinen Militarisierungsplänen die Ideen Jean Jaurès fälscht, verliert Herr Schülinger die rote Armee der Sowjetunion der deutschen Bourgeoisie als Beispiel für die Militarisierung Deutschlands zu empfehlen. In der Dresdner Volkszeitung vom 16. Juni bespricht Herr Schülinger erst die technische Beschaffenheit und militärische Bedeutung und kommt dann zu dem Schluß:

„Dazu hat es die russische „Heeresleitung“ — im Gegensatz zur deutschen Heeresleitung — sehr gut verstanden, die industrielle Heeresleitung nach Möglichkeit höher zu stellen und den Kontakt zwischen Armee und industriellem Proletariat als Vorbereitung für jeden modernen Krieg zu schaffen.“

Und in einem späteren Absatz heißt es:

„Auch und gut: Herr Geßler, der mit einem antisozialdemokratischen Generalstab in den letzten Jahren alles getan hat, um die Kluft zwischen Armee und Proletariat zu vertiefen und die industrielle Seite der deutschen Landesverteidigung dadurch unheilbar zu lähmen, könnte sehr viel von seinem russischen Kollegen lernen!“

Wie haben alle...